

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR DIE ERBRINGUNG VON DIENSTLEISTUNGEN ZUM EIGENVERBRAUCH

Gültig ab 1. Januar 2019

Diese allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) regeln die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen der EGH Elektro-Genossenschaft Hünenberg (EGH) und dem Kunden, nachfolgend Vertragspartner genannt. Sie sind integrierter Bestandteil eines zwischen dem Vertragspartner und EGH im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Eigenverbrauch abgeschlossenen Vertrages und gelten auch ohne speziellen Hinweis. Entgegenstehende oder von diesen AGB abweichende Bedingungen des Vertragspartners gelten als wegbedungen soweit für anwendbar erklärt. Im Falle eines Widerspruches zwischen den AGB und den Bestimmungen des Vertrages geht der Vertrag diesen AGB vor.

EGH ist berechtigt, die vorliegenden AGB anzupassen, sofern die Interessen des Kunden angemessen gewahrt bleiben. Die angepassten AGB werden mit ihrer Publikation wirksam, sofern der Vertragspartner nicht innerhalb von 10 Arbeitstagen schriftlich Widerspruch gegen sie erhebt. Erhebt der Kunde Widerspruch, entscheiden die Parteien im gemeinsamen Gespräch, ob und in welchem Umfang die bestehenden AGB weitergelten sollen. Vorbehalten bleiben Anpassungen aufgrund zwingender gesetzlicher Bestimmungen.

1. Gegenstand

Gegenstand der vorliegenden AGB ist die Erbringungen von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Eigenverbrauch durch EGH für den Vertragspartner. Sie bilden insbesondere Grundlage für die Abrechnungslösungen Standard, Standard Plus und Komfort. Nicht Gegenstand der vorliegenden AGB ist die Energielieferung und die Einspeisevergütung für den Vertragspartner. Ebenfalls nicht Gegenstand ist die interne Organisation des Vertragspartners, inkl. interner Kostenverrechnung und Ertragsvergütung der verbrauchten sowie der durch die Energieerzeugungsanlage produzierten Energie.

2. Leistungserbringung von EGH

EGH erbringt die im Vertrag vereinbarten Dienstleistungen gegenüber dem Vertragspartner. EGH ist berechtigt, zur Erbringung der vereinbarten Dienstleistungen Dritte beizuziehen.

3. Zusammenschluss zum Eigenverbrauch

3.1 Zulässigkeit

Alle Stromproduzenten haben das Recht, selbst produzierte Energie vor Ort ganz oder teilweise selber zu verbrauchen. Das neue Energierecht ermöglicht Grundeigentümern, sich mit Mietern oder Pächtern und mit anderen Grundeigentümern zum Eigenverbrauch der selbst erzeugten Energie zusammenzuschliessen und legt dazu Rahmenbedingungen fest:

- Nebst dem Grundstück, auf welchem die Produktionsanlage liegt, gelten auch umliegende Grundstücke als Ort der Produktion, wobei diese Grundstücke aneinander angrenzen und mindestens eines dieser Grundstücke an das Grundstück mit der Produktionsanlage angrenzen muss.
- Ein Zusammenschluss kann sich nicht über öffentlichen Grund (z. B. Strasse) oder über ein Privatgrundstück, dessen Grundeigentümer am Zusammenschluss nicht teilnehmen will, erstrecken.
- Der Strom zwischen der Anlage und den Eigenverbrauchern darf nicht durch das Verteilnetz der EGH fließen.
- Der Zusammenschluss zum Eigenverbrauch ist zulässig, sofern die Produktionsleistung der Anlage oder der Anlagen bei mindestens 10 Prozent der Anschlussleistung des Zusammenschlusses liegt.

Der Vertragspartner leistet dafür Gewähr, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind.

3.2 Teilnahme von Mietern und Pächtern

Die im Vertrag bezeichneten Mieter und Pächter dürfen sich bei Einführung des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch nicht für die Grundversorgung durch den Netzbetreiber entschieden haben. Der Vertragspartner, leistet dafür Gewähr, dass diese Voraussetzung erfüllt ist. Mieter und Pächter, welche sich bei Einführung des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch für die Grundversorgung entschieden haben, bilden nicht Gegenstand des Dienstleistungsvertrages.

3.3 Technische Voraussetzungen

Als Grundlage für die Erbringung der Dienstleistungen gelten das Vorhandensein einer geeigneten Messinfrastruktur innerhalb des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch sowie deren korrekte Anordnung. Die Verantwortung hierfür liegt beim Vertragspartner. Die Erfüllung der technischen

Voraussetzungen wird vor Abschluss des Vertrages von EGH geprüft (Ziff. 8). Sollte der Vertragspartner während der Dauer des Vertrages Änderungen an der Messinfrastruktur vornehmen, so haftet EGH nicht für allfällige daraus resultierende Schäden, wenn die vereinbarten Dienstleistungen aufgrund ungeeigneter oder mangelhafter Messinfrastruktur nicht bzw. nicht korrekt erbracht werden können.

3.4 Mutationen

Der Vertragspartner hat EGH Mutationen innerhalb des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch, insb. ein Wechsel des Vertreters des Zusammenschlusses oder das Ausscheiden von Grundeigentümern und / oder Mietern und Pächtern gemäss Art. 16 Abs. 5 EnV unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats mitzuteilen. Kommt er dieser Mitteilungspflicht nicht nach, so schuldet er EGH weiterhin das auf die ausscheidende Partei entfallende Entgelt und haftet für die EGH darüber hinaus entstehenden Schäden.

3.5 Periodische Kontrollen

Der Eigentümer einer elektrischen Installation ist gemäss der Niederspannungsinstallationsverordnung (NIV) für die periodische Kontrolle verantwortlich. Der Vertragspartner leistet dafür Gewähr, dass die Rechte und Pflichten in Bezug auf Elektroinstallationen an den im Vertrag bezeichneten Vertreter übertragen werden. Damit ist der Vertreter der ZEV für Kontrollaufforderungen nach NIV zuständig. Die Zustellung erfolgt ausschliesslich an ihn. Es wird die kürzeste bekannte Kontrollperiode angewendet.

4. Inkassovollmacht und -massnahmen

Schliesst der Vertragspartner mit EGH den Dienstleistungsvertrag für die Abrechnungslösung Komfort ab, so erteilt er EGH die Vollmacht und den Auftrag, die ihm gegenüber den dem Zusammenschluss angehörenden Grundeigentümern und den daran teilnehmenden Mietern und Pächtern zustehenden Forderungen in seinem Namen einzufordern und zum Zweck der Durchsetzung zulässige und angemessene Inkassomassnahmen zu treffen.

EGH ist berechtigt, im Rahmen des voraussichtlichen Energiebezugs Teilrechnungen zu stellen. EGH ist auch berechtigt, Sicherstellungen für vergangene und/oder zukünftige Lieferungen zu verlangen (Vorauszahlungen, Depot, usw.).

Zulässige Inkassomassnahmen sind insb. der Einbau eines Prepaymentzählers bzw. das Umschalten eines SmartMeters in den Prepaymodus sowie die Einstellung der Stromlieferung. EGH verpflichtet sich, diese Massnahmen erst bei wiederholtem

Zahlungsverzug und wenn berechtigte Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Kunden bestehen, anzuordnen. Prepaymentzähler können so eingestellt werden, dass ein angemessener Teil zur Tilgung bestehender Forderungen des Vertragspartners übrigbleibt.

Es liegt in der Verantwortung des Vertragspartners, innerhalb des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch sicherzustellen, dass die dem Zusammenschluss angehörenden Grundeigentümer und die daran teilnehmenden Mieter und Pächter über diese Inkassovollmacht und -massnahmen in geeigneter Weise informiert worden sind. Weiter stellt der Vertragspartner sicher, dass EGH für die Umsetzung der Inkassomassnahmen Zutritt zu den jeweiligen Messstellen gewährt wird. Unterlässt er dies, so haftet er gegenüber EGH für allfällige daraus resultierende Ausfälle.

5. Vergütung und Zahlungsbedingungen

Der Vertragspartner verpflichtet sich, EGH für das Erbringen der vereinbarten Dienstleistungen eine Vergütung zu bezahlen, deren Höhe abhängig von der gewählten Abrechnungslösung im jeweiligen Dienstleistungsvertrag festgelegt ist. Die Vergütungen können jeweils auf das neue Kalenderjahr angepasst werden. Die Vergütung sowie weitere aufgeführte Kosten verstehen sich jeweils exklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

5.1 Beginn der Zahlungspflicht

Die Zahlung hat netto spätestens am 30. Tag nach Rechnungseingang beim Vertragspartner (Tag des Rechnungseingangs nicht mitgezählt) zu erfolgen. Bei Nichtbezahlung innert Frist gerät der Vertragspartner ohne weiteres in Verzug.

5.2 Zahlungsverzug

Die EGH stellt den gesetzlichen Verzugszins von 5% pro Jahr in Rechnung. EGH ist zudem bei Zahlungsverzug des Vertragspartners nach erfolgter schriftlicher Mahnung an den Vertragspartner berechtigt, sämtliche Leistungen bestehender Vereinbarungen mit dem Vertragspartner vorübergehend und ohne Entschädigungspflicht einzustellen oder nach angemessener Nachfristansetzung vom Vertrag zurückzutreten. Alle Kosten, inkl. Mahngebühren, die EGH im Zusammenhang mit der Eintreibung der säumigen Guthaben entstehen, gehen zu Lasten des Vertragspartners.

6. Haftung von EGH

EGH haftet für den direkten Schaden, der von ihr in Erfüllung des jeweiligen Dienstbarkeitsvertrages vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht wurde. Weitere Haftungsansprüche sind hiermit, soweit

gesetzlich zulässig, ausdrücklich ausgeschlossen. EGH schliesst insbesondere jede Haftung für indirekte Folgeschäden wie entgangener Gewinn, nicht realisierte Einsparungen, Ansprüche Dritter sowie für Mangelfolgeschäden oder Schäden infolge von Datenverlusten im Rahmen des gesetzlich Zulässigen aus. EGH haftet nicht, soweit sie darlegt, dass sie die nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat, um einen solchen Schaden zu verhüten, oder dass der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt eingetreten wäre.

EGH schliesst zudem jede Haftung für Schäden aufgrund Nichterfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Pflichten des Vertragspartners aus.

EGH haftet nicht für unvorhersehbare Ereignisse wie höhere Gewalt, Regierungsmassnahmen und Ausfall von Telekommunikationsverbindungen sowie weitere unvermeidbare Störungen und Vorfälle, die sich ausserhalb des Einflussbereichs von EGH befinden und für die EGH nicht verantwortlich ist.

7. Datenschutz

EGH wird im Rahmen der Erfüllung des Dienstleistungsvertrages Verbrauchsdaten des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch zum Zwecke der Abrechnung bearbeiten. Im Falle der Abrechnungslösungen Komfort wird sie auch die Kontaktdaten von den dem Zusammenschluss angehörenden Grundeigentümern und daran teilnehmenden Mietern und Pächtern zwecks Zustellung der Rechnungen und Erfüllung des Inkassomandats verwenden. Darüber hinaus wird EGH die ihr bekannten Personendaten verwenden, um den Vertragspartner über neue, seinen Bedürfnissen entsprechende Produkte und Dienstleistungen zu informieren.

EGH wird die ihr im Rahmen des Vertragsverhältnisses bekannt gegebenen Personendaten selber oder innerhalb der EGH-Gruppe bearbeiten. Die Bearbeitung durch einen Auftragsbearbeiter ausserhalb der EGH-Gruppe würde dem Vertragspartner vorgängig angezeigt. Die Daten werden in der Schweiz oder in Ländern mit adäquatem Schutzniveau gemäss Liste des Bundes bearbeitet (inkl. Cloudlösungen).

Der Vertragspartner erklärt, dass die dem Zusammenschluss angehörenden Grundeigentümer und daran teilnehmenden Mieter und Pächter mit dieser Datenbearbeitung einverstanden sind. Er bestätigt, ihnen zu diesem Zweck ein Exemplar der vorliegenden AGB ausgehändigt zu haben.

Für Fragen zum Thema Datenschutz und zur Geltendmachung damit verbundener Rechte (Auskunft, Löschung, Berichtigung) können der Vertragspartner und die dem

Zusammenschluss angehörenden Grundeigentümer und die daran teilnehmenden Mieter und Pächter sich an EGH wenden (info@egh.ch).

8. Abschluss und Dauer des Vertrages

Nach rechtsgültiger Unterzeichnung des Dienstleistungsvertrages durch den Vertragspartner wird EGH das Messkonzept des im Dienstleistungsvertrag aufgeführten Liegenschaftsobjekts in Bezug auf die Eignung zur Erbringung der geplanten Dienstleistungen prüfen. Ohne Gegenbericht durch EGH innert 15 Arbeitstagen gilt der Vertrag als genehmigt und tritt mit Ablauf dieser Frist in Kraft. Zeigt das Messkonzept Mängel hinsichtlich der Eignung zur Eigenverbrauchsregelung, wird EGH sich mit dem Vertragspartner in Verbindung setzen und eine Lösung suchen. Der Vertrag tritt erst in Kraft, nachdem EGH eine dahingehende schriftliche Erklärung abgegeben hat.

Mangels anderer Abrede wird der Dienstleistungsvertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und beide Parteien können den Vertrag unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist auf das Ende eines Kalenderjahres schriftlich kündigen.

Der Wechsel von der Abrechnungslösung Standard auf die Abrechnungslösungen Standard Plus und Komfort sowie von der Abrechnungslösung Standard Plus auf die Abrechnungslösung Komfort ist mit schriftlicher Anzeige des Vertragspartners unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zur Implementierung jederzeit auf den Beginn eines Kalendermonats möglich.

9. Übertragung auf einen Rechtsnachfolger

Sowohl EGH als auch der Vertragspartner sind verpflichtet, das Vertragsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Jede Vertragspartei kann einen Rechtsnachfolger ablehnen, wenn dieser nicht in der Lage ist, den Vertrag zu erfüllen.

10. Schriftform

Für den Vertrag, für dessen Änderungen und für allfällige Nachträge ist die Schriftform Gültigkeitserfordernis.

11. Teilnichtigkeit

Sollten sich einzelne Bestimmungen oder Teile des Vertrages als nichtig oder unwirksam erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner werden in einem solchen Fall den Vertrag so anpassen, dass der ursprünglich von den Vertragsparteien angestrebte Zweck so weit als möglich erreicht wird.

12. Aussergewöhnliche Umstände

Sollten aussergewöhnliche Umstände, welche von den Parteien bei der Unterzeichnung des Vertrages nicht vorausgesehen werden konnten, die Erfüllung des Vertrages übermässig erschweren und kann die Erfüllung billigerweise nicht mehr zugemutet werden, haben die Parteien die betreffenden Bestimmungen in Treu und Glauben durch solche zu ersetzen, welche den ursprünglichen Absichten der Vertragsparteien und dem beabsichtigten Zweck des Vertrages so nahe

wie möglich kommen. Als aussergewöhnlich gelten insbesondere nicht vorhersehbare Änderungen des gesetzlichen und regulatorischen Rahmens sowie der Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss zum Eigenverbrauch.

13. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Es gilt Schweizerisches Recht. Für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag gilt Zug als Gerichtsstand.